



European Network on Independent Living

Staatssekretärin Jeanette Schwamberger

Bundesministerium der Finanzen
Dienststz Berlin

Die Rechte von Menschen mit Behinderung im Mehrjährigen Finanzrahmen der EU

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schwamberger,

ich wende mich im Namen des European Network on Independent Living - ENIL an Sie. Wir sind ein europaweites Netzwerk von Organisationen behinderter Menschen. Wir arbeiten eng mit den EU-Institutionen zusammen, kooperieren mit den Vereinten Nationen im Kontext des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. In Deutschland sind wir durch die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben vertreten.

Wir bearbeiten derzeit intensive das Thema des Mehrjährigen EU-Finanzrahmens, aufgrund der bedeutenden Rolle für die Gestaltung der Unterstützungsstrukturen für Menschen mit Behinderungen in Europa.

Behinderte Menschen in Deutschland und Europa befinden sich vielfach in Situationen, die aus menschenrechtlicher und gesellschaftlicher Perspektive aber auch mit Blick auf Wirtschaft und öffentliche Finanzen problematisch sind:

1. Eurofound zufolge hat die Institutionalisierung von Menschen mit Behinderung in der EU um 29% zugenommen.¹ Leben in Institutionen widerspricht dem in Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention festgelegten Recht auf Selbstbestimmtes Leben. Es verursacht auch hohe Kosten. Laut OECD gegeben EU-Staaten bis zu 4,4% des BIP für Langzeitpflege aus, wobei nahezu die gesamten Ausgaben auf Heimunterbringung entfallen.²

¹ Eurofound 2021. Paths towards Independent Living. <https://www.eurofound.europa.eu/en/publications/all/paths-towards-independent-living-and-social-inclusion-europe>

² OECD, https://www.oecd.org/en/publications/health-at-a-glance-2023_7a7afb35-en/full-report/long-term-care-spending-and-unit-costs_cc989a20.html#indicator-d1e36161-5548160ee5



European Network on Independent Living

2. EU-weit hat sich die Beschäftigungslücke zwischen Menschen mit und ohne Behinderung von 18,6% auf 24,5% erhöht.³ Dies führt dazu, dass 28,8% von Armut bedroht sind.⁴ Vor Sozialtransfers sind 68,2% von Armut bedroht.⁵ Armut verursacht einen erheblichen Leidensdruck für Betroffene und Kosten für die sozialen Sicherungssysteme.

Personen-zentrierte Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung, zum Beispiel die persönliche Assistenz, das persönliche Budget und die unterstützte Beschäftigung haben enormes Potential für eine Reduktion der Unterbringung in Institutionen und für eine Erhöhung der Teilnahme am Arbeitsmarkt. Mehr und mehr Studien bestätigen, dass sich diese Dienstleistungen langfristig positiv auf die Wirtschaftskraft und die öffentlichen Haushalte auswirken.⁶

Die gegenwärtigen Entwürfe der MFF-Verordnungen versäumen die Weichen für mehr Investitionen in personen-zentrierte Dienstleistungen zu stellen. Wir befürchten hohe Ausgaben für Dienstleistungen, die der Umsetzung der UN-BRK entgegenstehen und die Kosten für die öffentliche Hand unnötig in die Höhe treiben.

Folgende Änderungen wären wichtig:

Für die National Regional Partnership Plan Regulation

- **Änderung von Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe c (neu) zu den horizontalen Grundsätzen**, sodass festgelegt wird, dass „die Mitgliedstaaten den NRP-Plan so gestalten, dass die Achtung von ... (c neu) den Normen und Grundsätzen der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie den maßgeblichen Dokumenten des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen gewährleistet wird“.

³ ENIL 2025. Advocacy Campaign for inclusive employment takes shape. <https://enil.eu/advocacy-campaign-for-inclusive-employment-takes-shape/>

⁴ Eurostat 2025. Disability statistics - poverty and income inequalities. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Disability_statistics_-_poverty_and_income_inequalities

⁵ Eurostat 2025. Disability statistics - poverty and income inequalities. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Disability_statistics_-_poverty_and_income_inequalities

⁶ Vergl.: Da Roit, B. and Le Bihan, B., 'Similar and yet so different: Cash-for-care in six European Countries' long-term care policies', The Milbank Quarterly, Vol. 88, No 3, 2010, pp. 286-309. Rasmussen et al. 2025: Samfunnsøkonomisk analyse av BPA-ordningen. <https://www.vista-analyse.no/no/publikasjoner/samfunnsokonomisk-analyse-av-bpa-ordningen/>



European Network on Independent Living

- **Änderung von Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe 1a (neu) zur Achtung der Charta der Grundrechte**, sodass festgelegt wird, dass „die Mitgliedstaaten wirksame Mechanismen einrichten und aufrechterhalten, um die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen der Charta der Grundrechte sowie der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und der maßgeblichen Dokumente des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen“.
- **Änderung von Artikel 10 Absatz 5 zum Haushalt**, indem:
 1. der Finanzrahmen für Ausgaben zur Verwirklichung der sozialen Ziele der Union von 14 % auf 25 % erhöht wird,
 2. ergänzt wird, dass diese Mittel auch für „Ziele der Gleichbehandlung und der Grundrechte“ eingesetzt werden können und dass „mindestens 10 % der sozialen Ausgaben der Union für die Umsetzung der UN-BRK in der EU vorgesehen werden“.

Für den Budgetary Tracking and Performance Framework

Die EU-Behindertenpolitik leidet unter einer unzureichenden Datengrundlage. Wir empfehlen daher die Einführung einer regelmäßigen Datenerhebung, beispielsweise zu folgenden Punkten:

1. Der Umfang der EU-Mittel, die in Einrichtungen (Institutionen) fließen, sowie die Anzahl der dort lebenden Menschen.
2. Der Umfang der EU-Mittel, die für Persönliche Assistenz, persönliche Budgets und Zentren für selbstbestimmtes Leben bereitgestellt werden, sowie die Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer dieser Leistungen.
3. Der Umfang der EU-Mittel, die für unterstützte Beschäftigung eingesetzt werden, sowie die Anzahl der Personen, die von diesen Maßnahmen profitieren.

Wir haben detaillierte Änderungsanträge erarbeitet, die wir Ihnen anbei übersenden und Ihnen Kolleg_Innen gerne im Rahmen eines Gesprächs näher vorstellen würden.

Mit freundlichen Grüßen,

Ines Bulic-Cojocariu

Geschäftsführerin



European Network on Independent Living

About the European Network on Independent Living

The European Network on Independent Living (ENIL) is a disabled-led, cross-disability network of disabled people and their representative organisations. ENIL promotes the right to independent living, as set out in Article 19 of the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD), its General Comments and the Guidelines on deinstitutionalisation, including in emergencies. ENIL's work is guided by the CRPD and the Independent Living principles, enshrined in the Independent Living Pillars. ENIL is active at the European level, and internationally, through cooperation with Centres for Independent Living from around the globe. ENIL's actions and activities are based on the social and the human rights models of disability, and on the principles of inclusive equality, self-determination, solidarity and intersectionality.

ENIL has participatory status with the Council of Europe (i.e. is a member of the Conference of INGOs) and consultative status with ECOSOC.

Contact us

European Network on Independent Living (ENIL)

6thFloor – Mundo J

Rue de l'Industrie 10

1000 Brussels

Belgium

E-mail: secretariat@enil.eu

Website: www.enil.eu

Für unsere Arbeit zum MFR zuständig:

Florian Sanden, Leitender Referent

Florian.sanden@enil.eu

© European Network on Independent Living, 2026



Co-funded by
the European Union

Co-funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Commission. Neither the European Union nor the granting authority can be held responsible for them.